

# EU-NACHRICHTEN

## KURZ & KNAPP

### Flutkatastrophe

Entschlossener Kampf gegen den Klimawandel angemahnt

Seite 3

## IM FOKUS

### Sicherheitsunion

EU stärkt Regeln gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Seite 6

### Waldstrategie

Schutz der Wälder rückt in den Fokus der Klimastrategie

Seite 7

*Die EU-Nachrichten verabschieden sich in die Sommerpause. Die nächste Ausgabe erscheint am 16. September 2021.*



© EU, 2021

## EUROPÄISCHER GRÜNER DEAL

### EU-Kommission legt Klimafahrplan bis 2030 vor

Die EU-Kommission macht Tempo beim Klimaschutz und zeigt auf, wie die EU ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 senken kann. Bis 2050 will Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt werden. „Der europäische Grüne Deal ist unsere Wachstumsstrategie in Richtung dekarbonisierte Wirtschaft“, erklärte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei der Vorlage ihres Klimaplanes.

> Sie fügte hinzu: „Wir waren der erste Kontinent, der das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ausgegeben hat. Jetzt sind wir die Ersten, die konkrete Vorschläge machen, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Wir fordern andere Nationen auf, dasselbe zu tun.“ Das vorgestellte Klimapaket setzt auf mehr erneuerbare Energien, eine erhöhte Energieeffizienz und einen Umweltaufschlag für klimaschädliche fossile Energieträger wie Kohle, Erdgas und Öl. „Alles was wir vorgelegt haben, wird nicht einfach – es wird verdammt hart“, sagte der für den Grünen Deal zuständige Exekutiv-Vizepräsident Frans Timmermans und mahnte: „Dieses Vorhaben wird nur gelingen, wenn es sozial gerecht ist.“

Insgesamt umfasst das Klimapaket zwölf einzelne Initiativen und sieht unter anderem vor:

> **Ausweiten des EU-Emissionshandelssystems ETS:** Als Vorreiter führte die EU bereits

2005 mit dem Emission Trading System (ETS) eine Handelsplattform ein, die den Ausstoß von Kohlendioxid mit einem Preis belegt. Dabei wird eine (sinkende) Zahl von Emissionstiteln auf einem grünen Marktplatz gehandelt. Bisher sind rund 10.000 Unternehmen aus den Bereichen Energie, Produktion sowie Luftfahrt erfasst, die rund 40 Prozent der europäischen Treibhausgasemissionen verursachen. Künftig werden auch Schiffe ab einer Größe von 5.000 Bruttoregistertonnen einbezogen. Für die Bereiche Verkehr und Gebäude kommt von 2026 an ein eigenes Emissionshandelssystem. „Der Ausstoß von Kohlendioxid hat seinen Preis. Wir wissen, dass ETS wirkt“, bekräftigte von der Leyen.

> **Neuer Klima-Sozialfonds:** Ein neuer, von der EU mit 72,5 Mrd. Euro ausgestatteter Fonds für die kommenden sieben Jahre federt soziale Folgen der Vorhaben ab. >>

## CYBERSECURITY

### EU verurteilt Angriff von Hackern aus China

Die Europäische Union hat gemeinsam mit den USA und dem Vereinigten Königreich Cyberattacken aus China scharf zurückgewiesen. Die Angriffe auf Exchange-Server des Unternehmens Microsoft seien „völlig inakzeptabel“, erklärte ein Sprecher der EU-Kommission. Josep Borrell, der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, ergänzte, das Vorgehen untergrabe die Sicherheit und Integrität von tausenden von Computern und Netzwerken weltweit, Mitgliedstaaten und EU-Institutionen inbegriffen. Im Vorjahr hatte die EU erstmals Sanktionen gegen Hacker aus China verhängt.

■ **Hackerangriff verurteilt**

“ Europa lässt seinen Worten zur Klimapolitik Taten folgen durch Innovation, Investitionen und Sozialmaßnahmen. ”

Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission

>> So ist mit Blick auf Energiepreise vorgesehen, Einkommensschwache über die Mitgliedstaaten direkt zu unterstützen. „Uns ist sehr wichtig, dass der Übergang zu einer sauberen Wirtschaft fair und gerecht für alle ist. Energie und Transport müssen für alle erschwinglich bleiben“, betonte von der Leyen. Finanziert wird der Klima-Sozialfonds unter anderem durch Einnahmen aus dem ETS-Handel.

- > **Neue Klima-Grenzabgabe:** Energieintensive Importe aus Drittstaaten wie Stahl, Aluminium oder Zement werden von 2026 an bei der Einfuhr in die EU mit einer Klimaabgabe belegt, einem CO2-Grenzausgleich (CBAM – Carbon Border Adjustment Mechanism). „Das schafft faire Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen in Europa und im Rest der Welt, die sich für eine klimafreundliche Wirtschaft einsetzen“, erläuterte von der Leyen. „Alles wird jedoch in völliger Übereinstimmung mit den von der WTO festgelegten Regeln geschehen“, ergänzte Timmermans und stellte klar, dass die neue Abgabe im Einklang mit den Vorgaben der Welthandelsorganisation steht.
- > **Ausbau der erneuerbaren Energien:** Der Anteil von Wind-, Wasser- und Solarstrom steigt bis 2030 von bisher vorgesehenen 32,5 Prozent auf 40 Prozent.
- > **Steigende Energieeffizienz:** Die Energieeffizienz wird auf 39 Prozent ausgebaut. So ist vorgesehen, dass die öffentliche Hand jährlich 3 Prozent ihrer Gebäude energetisch saniert.
- > **Alternative Kraftstoffe für Luft- und Schifffahrt:** Über zwei Initiativen – ReFuelEU Aviation und FuelEUMaritime – wird künftig bei Treibstoffen für Flugzeuge und Schiffe ein Mindestanteil an alternativen Kraftstoffen festgelegt. Beim Anker in europäischen Häfen werden Schiffe künftig nicht mehr mit Schiffsdiesel, sondern über Elektrostrom versorgt.
- > **Weniger Emissionen aus dem Straßenverkehr:** „Die Verkehrsemissionen müssen drastisch sin-

ken“, erläuterte Timmermans. Als Zwischenschritt war bislang vorgesehen, dass die Hersteller den Kohlendioxid-Ausstoß ihrer Neuwagenflotte bis zum Ende des Jahrzehnts um 37,5 Prozent (verglichen mit 2021) senken. Nun werden die Emissionen bis 2030 um 55 Prozent fallen. Von 2035 an sind neue Pkw und leichte Nutzfahrzeuge komplett emissionsfrei. „Die Autobauer haben zum Teil selbst schon die richtigen Antworten gegeben“, zeigte sich von der Leyen von der Realisierbarkeit überzeugt.

> **Dichtes Lade- und Tankstellennetz:** Die Richtlinie für den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe aus dem Jahr 2014 wird neu gefasst. So ist unter anderem ein Flächennetz geplant, das alle 60 Kilometer E-Ladesäulen bietet. Für Wasserstoff ist in der Fläche alle 150 Kilometer eine Tankmöglichkeit vorgesehen. „Wir brauchen massive Investitionen, um die Ladeinfrastruktur auszubauen. Entsprechende Vorhaben sind in allen Corona-Aufbauplänen der Mitgliedstaaten enthalten“, sagte von der Leyen.

Die Präsidentin betonte, dass Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung auch im Zentrum des Aufbaufonds NextGenerationEU stehen, mit dem die Folgen der Pandemie überwunden werden sollen. „Aus den Mitteln für den Corona-Wiederaufbau und dem EU-Budget sind 500 Milliarden Euro ausschließlich für den Grünen Deal reserviert“, erklärte von der Leyen. Sie fügte hinzu: „Mit dem europäischen Grünen Deal entwickeln wir eine neue Wachstumsstrategie für eine Wirtschaft, die mit wenig Kohlenstoff auskommt. Wir haben bereits bewiesen, dass das möglich ist.“

Timmermans sprach von einer „neuen industriellen Revolution“ und verwies auf die Wachstumsperspektiven: „Die neue Wirtschaft bringt zwei Millionen Arbeitsplätze mit sich.“ >|

■ Klimapaket

## Vorschläge zur Erreichung des Klimaziels bis 2030



Ausbau erneuerbarer Energien



Verkauf emissionsfreier Autos und umweltfreundlichere Kraftstoffe für Pkw, Flugzeuge und Schiffe, die schon im Einsatz sind



Ausweitung des Emissionshandels



Ambitionierte Energieeinsparziele



Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie



Klimaschutz-Sozialfonds soll soziale Folgen abschwächen

## FLUTKATASTROPHE

**Von der Leyen: „EU steht bereit zu helfen“**

Nach den schweren Überschwemmungen in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Dringlichkeit des Klimaschutzes betont. „Wir alle sehen in diesen Tagen, wie wichtig es ist, in unseren Kampf gegen den Klimawandel, gegen die Erderwärmung zu investieren. Die extremen und zerstörerischen Wetterereignisse werden immer häufiger und intensiver“, mahnte sie bei einem Besuch in Prag. Die Überschwemmungen erinnerten daran, wie hoch die Kosten des Nichthandelns seien, ergänzte die Präsidentin. Nach den Vorgaben des Aufbauplans NextGenerationEU sind 37 Prozent der Mittel für Investitionen in den Klimaschutz festgeschrieben.

Eine Starkregenfront hatte zuvor in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten wie Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich schwere Überflutungen verursacht. Von der Leyen zeigte sich bestürzt. „Meine Gedanken sind bei den Familien der Opfer der Unwetter und Hochwasser und bei all denen, deren Wohnungen zerstört wurden. Die EU steht bereit, um zu helfen, zum Beispiel mit unserem EU-Katastrophenschutzverfahren“, sagte die Präsidentin zu den Extremwettern. Sie hatte sich vor Ort in Belgien einen Überblick über das Ausmaß der Zerstörungen gemacht. Belgien hatte wegen der Überschwemmungen am 14. Juli den EU-Katastrophenschutzmechanismus aktiviert.

Handeln gegen den Klimawandel

## INSOLVENZ VON PAUSCHALREISEVERANSTALTERN

**Kommission billigt Entschädigungsfonds**

Damit Reisende bei Insolvenz von Pauschalreiseveranstaltern entschädigt werden können, hat die Kommission eine mit 750 Mio. Euro ausgestattete Regelung Deutschlands in Form einer staatlichen Garantie für Darlehen genehmigt. Nach EU-Recht müssen Touristikunternehmen sicherstellen, dass Pauschalreisende im Fall der Insolvenz eines Reiseveranstalters entschädigt werden. Zu diesem Zweck wird Deutschland einen aus Beiträgen der Reiseveranstalter finanzierten Reisesicherungsfonds einrichten, der ab dem 1. November 2021 stehen soll. Die Kommission billigte dafür die staatliche Garantiesumme.

„Die Pauschalreisebranche wurde von der Corona-Krise hart getroffen. [...] Wir arbeiten weiterhin eng mit den Mitgliedstaaten zusammen, um gangbare Lösungen zu finden, wie die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie im Einklang mit den EU-Vorschriften abgemildert werden können“, sagte Margrethe Vestager, die für Wettbewerb zuständige Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission.

Entschädigungsregelung

## EU-UKRAINE

**Partnerschaft für kritische Rohstoffe**

Nach Kanada hat die EU auch mit der Ukraine eine strategische Partnerschaft für Rohstoffe und Batterien besiegelt. „Dieses neue Kapitel wird unsere politischen Beziehungen stärken und breite Möglichkeiten für die Industrie in der EU und der Ukraine schaffen“, sagte Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič nach der Unterzeichnung des Vertrags mit dem ukrainischen Premierminister Denys Schmyhal.

Die Kommission hatte im vergangenen Jahr eine Strategie vorgelegt, um die Versorgung mit kritischen Rohstoffen wie Lithium, das für die Produktion von Batterien für die Elektromobilität benötigt wird, sicherzustellen. Nach einem Kooperationsabkommen mit Kanada im Juni wurde nun ein entsprechender Vertrag mit der Ukraine vereinbart. „Wir sprechen hier über Lithium, Kobalt, Mangan, seltene Erden – sie alle sind in der Ukraine zu finden“, erklärte Šefčovič.

Partnerschaft EU-Ukraine

## MEDIA

**Fünf von der EU-geförderte Filme in Cannes ausgezeichnet**

Die Jury der 74. Filmfestspiele in Cannes hat fünf vom EU-Programm MEDIA geförderte Filme mit Preisen und Auszeichnungen bedacht. „Titane“ der französischen Regisseurin Julia Ducournau erhielt als bester Film die Goldene Palme, „Hytti No 6“ von Juho Kuosmanen wurde mit dem Großen Preis der Jury ausgezeichnet. Weitere Ehrungen erhielten „Lamb“ von Valdimar Jóhannsson und „Noche de Fuego“ von Tatiana Huezo sowie „Olga“ von Elie Grappe. Das EU-Kulturprogramm Kreatives Europa fördert über das Teilprogramm MEDIA die audiovisuelle Kreativbranche. Ducournau ist nach der neuseeländischen Regisseurin Jane Campion erst die zweite Frau, die in Cannes eine Goldene Palme gewinnen konnte. Die EU-Kommission hatte zum Auftakt des Festivals mehr Geschlechtervielfalt und Integration eingefordert. „Mit dieser Kampagne hoffen wir, dass wir viele Frauen inspirieren können, damit Europa das Beste aus all seinen Talenten machen kann“, sagte die für Werte und Transparenz zuständige Vizepräsidentin Věra Jourová.

Filmfestival in Cannes

## IMPfstoffBESCHAFFUNG

## Von der Leyen: „Die EU hat Wort gehalten“



Die EU-Kommission hat den Mitgliedstaaten ausreichend Impfstoff zur Verfügung gestellt, um bis Ende Juli mindestens 70 Prozent der Bevölkerung mit einer ersten Impfung zu versorgen. Das gab Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bekannt. „Die EU hat Wort gehalten“, sagte die Präsidentin. „Unsere Impfkampagne hat sich seit Jahresbeginn enorm beschleunigt“, erklärte von der Leyen weiter und fügte hinzu, die Mitgliedstaaten müssten jetzt alles dafür tun, dass die Impfungen vorankommen. Bis zum 21. Juli waren 496,4 Mio. Impfdosen an die Mitgliedstaaten ausgeliefert worden, von den über 18-Jährigen hatten 67,3 Prozent mindestens eine Impfung erhalten, 51,3 Prozent der Erwachsenen verfügten über den vollständigen Impfschutz. „Dieses gemeinsame Vorgehen ist ein Erfolg. Nur gemeinsam kommen wir gut aus dieser Krise“, erklärte von der Leyen.

© Shutterstock

Zugleich brachte die Kommission auf einer zweitägigen Konferenz Unternehmen und Wissenschaftler aus Mitgliedstaaten und anderen Ländern zusammen, um den Anteil der Wertschöpfung bei der Produktion von Corona-Medikamenten weiter zu erhöhen.

## Impferfolg

## NEXTGENERATIONEU

## Erste Gelder für Deutschland freigegeben

Deutschland erhält erste Investitionsmittel aus dem Corona-Aufbaufonds NextGenerationEU. „Die EU-Finanzminister haben gerade die Aufbaupläne der ersten zwölf Mitgliedstaaten gebilligt“, erklärte Währungskommissar Paolo Gentiloni. Auf Initiative von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatten die Mitgliedstaaten ein Investitionsprogramm von 750 Mrd. Euro vereinbart, davon werden 312 Mrd. Euro als Zuschüsse vergeben. Der Großteil der Investitionen fließt in Vorhaben, die den Umbau zu einer nachhaltigeren und digitaleren Wirtschaft vorantreiben. Die Kommission hatte bislang 16 nationale Aufbaupläne gebilligt, darunter den Deutschlands.

Aus dem Aufbaufonds erhält Deutschland rund 26,5 Mrd. Euro an Zuschüssen. Die ersten Mittel über 2,3 Mrd. Euro werden noch im Juli ausgezahlt. Unter anderem will Deutschland mit 2,5 Mrd. Euro energieeffiziente Gebäuderenovierungen fördern und 2,5 Mrd. Euro für den Umstieg auf emissionsfreie Fahrzeuge bereitstellen.

## Aufbauplan

## SENEGAL

## EU hilft beim Bau von Impfstofffabrik

Die Produktion von COVID-19-Impfstoffen in Afrika kommt voran. EU-Kommission, Mitgliedstaaten, Europäische Investitionsbank und andere Finanzinstitutionen unterstützen das Pasteur-Institut in Senegals Hauptstadt Dakar beim Aufbau einer Fabrik zur Produktion von Corona-Impfstoffen. „Afrika importiert derzeit 99 Prozent seiner Impfstoffe. Aber mit der heutigen Vereinbarung hilft Team Europe dem Senegal, der Produktion eigener Impfstoffe einen wichtigen Schritt näherzukommen“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Die Vereinbarung ist Teil eines großen Investitionspakets für die Impfstoff- und Arzneimittelproduktion in Afrika, das im Mai von der EU ins Leben gerufen wurde. Von der Leyen hatte damals Mittel von rund 1 Mrd. Euro für Produktion und Zugang zu Impfstoffen, Medikamenten und Gesundheitstechnologien in Afrika zugesagt.

## Impfstoffproduktion in Afrika

## IMPRESSUM

© Europäische Union, 2021

## Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

## Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

## Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

## Redaktion &amp; Grafik:

Claudia Guske, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

## Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.

## Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



## RECHTSSTAATSBERICHT

# Jourová sieht **Unabhängigkeit der Justiz** in einzelnen Mitgliedstaaten **ernsthaft gefährdet**

Die Kommission zeigt sich besorgt über die rechtsstaatliche Entwicklung in einigen EU-Staaten. „In einer Reihe von Mitgliedstaaten gibt es Anlass zu ernster Besorgnis, besonders mit Blick auf die Unabhängigkeit von Richtern“, sagte Věra Jourová, die für Werte und Transparenz zuständige Vizepräsidentin der EU-Kommission, bei der Vorlage des Rechtsstaatsberichts. Zugleich bekräftigte Jourová das Primat der europäischen Gesetzgebung. „EU-Recht genießt Vorrang vor dem Recht der Mitgliedstaaten“, stellte die Vizepräsidentin klar. Das polnische Oberste Gericht hatte das zuvor angezweifelt.

> Auch in Deutschland war nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine Debatte über den Vorrang des EU-Rechts entbrannt. Die Kommission hatte in diesem Zusammenhang ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet.

Der Rechtsstaatsbericht war im vergangenen Jahr erstmals vorgelegt worden. Er untersucht die rechtspolitische Entwicklung in den Mitgliedstaaten in vier verschiedenen Bereichen:

- > **Rechtssystem:** Der Bericht stellt in vielen Mitgliedstaaten Fortschritte mit Blick auf die Unabhängigkeit der Richter fest. In einzelnen Staaten werde diese jedoch untergraben. So hatte der Europäische Gerichtshof zuletzt die Einrichtung einer Disziplinarkammer am Obersten Gericht in Polen verworfen. „Die Urteile des Gerichtshofs sind für alle Mitgliedstaaten bindend“, mahnte Justizkommissar Didier Reynders zur Umsetzung des Beschlusses und kündigte bei Nichtbeachtung „finanzielle Konsequenzen“ an.
- > **Kampf gegen Korruption:** Im Ranking der 20 Länder, die als am wenigsten korrupt angesehen werden, sind allein zehn Mitgliedstaaten vertreten. Dennoch mahnt der Bericht weitere Anstrengungen im Kampf gegen die Korruption an, so soll Zypern den Aufbau einer eigenen Anti-Korruptionsbehörde vorantreiben.
- > **Pressefreiheit und Medienvielfalt:** Gerade die Pandemie belegte die Bedeutung einer freien und kritischen Berichterstattung, doch in der Corona-Krise verschärfte sich die wirtschaftliche Lage vieler Medienunternehmen. Stark kritisiert wird die zunehmende Gewalt gegen Journalisten. „In den vergangenen Monaten wurden zwei Journalisten in der EU ermordet,



Credit © European Union, 2021

det, das ist nicht hinnehmbar“, sagte Jourová. Zugleich wies Reynders das Ausspähen von Journalisten durch eine spezielle Software wie in Ungarn als inakzeptabel zurück.

- > **Gewaltenteilung:** Die Bekämpfung der Pandemie stellte eine besondere Herausforderung mit Blick auf Grundwerte und persönliche Freiheiten dar. Umso mehr werden Anstrengungen für mehr Transparenz beim Gesetzgebungsprozess oder der Einbeziehung der Bevölkerung gelobt.

“ Wir erwarten, dass die Ergebnisse des Berichts die Diskussion zwischen den Mitgliedstaaten fördern und den Rechtsstaat weiter stärken. ”

Der Bericht steht im Zentrum des Rechtsstaatlichkeitsmechanismus. Dieser sieht einen jährlichen Zyklus zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit und zur Vorbeugung der Entstehung bzw. Verschärfung von Problemen vor. Der Rechtsstaatsbericht kann in diesem Jahr erstmals zu finanziellen Konsequenzen führen. So können Mitgliedstaaten im Falle schwerer Verstöße gegen die Grundwerte Fördermittel gekürzt werden. „Kein Fall wird vergessen“, hatte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erste mögliche Verfahren für Herbst angedeutet. Zudem mahnte sie die Einhaltung von LGBTIQ-Rechten an. Die Kommission hatte im Juli Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen und Ungarn wegen der Diskriminierung nicht-heterosexueller Menschen eröffnet. (pr) >

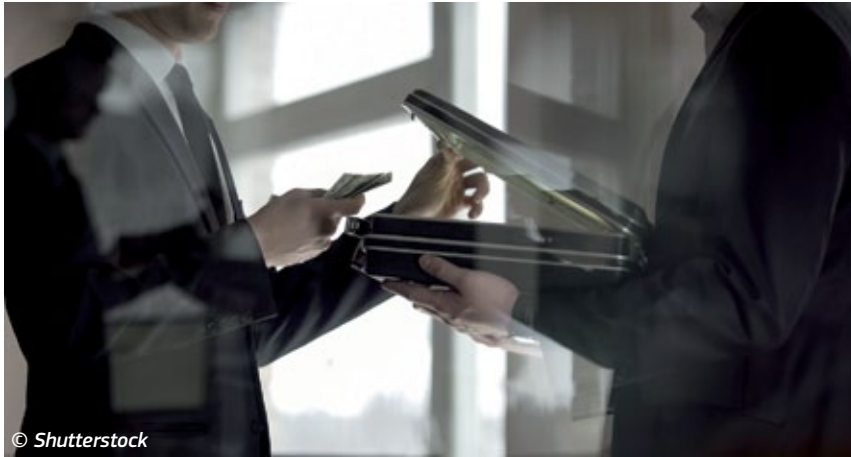
Vizepräsidentin Věra Jourová verwies auf den Vorrang des EU-Rechts vor der Gesetzgebung der einzelnen Mitgliedstaaten.

Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission

SICHERHEITSUNION

# EU stärkt Regeln gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terrorfinanzierung setzt die Kommission auf die Schaffung einer eigenen Agentur gegen Geldwäsche und eine Obergrenze für Barzahlungen von 10.000 Euro. „Wir unternehmen neue Schritte, um Schlupflöcher für Geldwäsche zu schließen“, sagte Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis.



*Illegale Geschäftspraktiken wie Geldwäsche machen geschätzt 1 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung in der EU aus.*

> „Diese Maßnahmen werden uns helfen, die Integrität des Finanzsystems und des Binnenmarkts zu schützen“, ergänzte Mairead McGuinness, zuständig für Finanzdienstleistungen, Finanzstabilität und die Kapitalmarktunion.

Nach Schätzungen der EU-Kommission machen illegale Geschäftspraktiken rund 1 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung in der EU aus, das sind rund 140 Mrd. Euro. Zugleich hatten zahlreiche Geldwäscheskandale zuletzt verdeutlicht, dass innerhalb Europas einheitlich vorgegangen werden muss. „Jeder Geldwäscheskandal ist einer zu viel“, so Dombrovskis.

Das Gesetzespaket gegen Geldwäsche sieht unter anderem vor:

> **Neue EU-Behörde AMLA:** Im Jahr 2023 wird eine neue Anti-Geldwäschebehörde AMLA (Anti-Money Laundering Authority – AMLA) geschaffen. Ihre Aufgabe ist es, die Arbeit der Anti-Geldwäschebehörden der Mitgliedstaaten zu koordinieren und für eine europaweit einheitliche Umsetzung der EU-Regeln zu sorgen. Die Behörde wird bis zu 250 Mitarbeiter umfassen und in gemeinsamen Ermittlerteams mit Finanzfahndern der Mitgliedstaaten vorgehen.

> **Obergrenze für Barzahlungen:** Die Kommission schlägt vor, Transaktionen mit Bargeld auf einen Betrag von maximal 10.000 Euro zu limitieren. Es gehe nicht darum Bargeld abzuschaffen, stellte McGuinness klar, sondern unklare Finanzflüsse

zu unterbinden. So könnten zwischen Privatpersonen, etwa in Familien, auch höhere Beträge gewechselt werden. Zwei Drittel der Mitgliedstaaten kennen bereits Bargeldobergrenzen, sie reichen von 500 Euro in Griechenland bis zu 10.000 Euro in Tschechien. Die Mitgliedstaaten können niedrigere Obergrenzen für Barzahlungen auch künftig beibehalten, bekräftigte McGuinness.

> **Einheitliches Regelhandbuch:** Die Kommission wird ein Regelwerk vorlegen, das europaweit für eine einheitliche Anwendung der geltenden Bestimmungen gegen Geldwäsche sorgt. „Wir haben eindeutige Regeln, aber sie müssen auch umgesetzt werden“, mahnte Dombrovskis.

> **Beschränkungen für Kryptowährungen:** „Ein zunehmender Teil an illegalen Geldern wird über Kryptowährungen transferiert“, erläuterte Dombrovskis. Die Kommission schlägt daher vor, die EU-Regelung zur Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers auf digitale Zahlungsmittel auszuweiten.

> **Graue und schwarze Listen:** „Geldwäsche hört nicht an Europas Außengrenze auf“, so Dombrovskis. Die Kommission setzt daher auf ein international koordiniertes Vorgehen. Länder, die Regeln der international standardgebenden Financial Action Task Force (FATF) unterlaufen oder ganz missachten, sollen auf einer grauen beziehungsweise schwarzen Liste benannt werden.

„Geldwäsche ist eine klare und reale Bedrohung für Bevölkerung, demokratische Institutionen und das Finanzsystem“, sagte McGuinness. McGuinness und Dombrovskis ermunterten Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament, den Vorstoß rasch umzusetzen. Hessens Europaministerin Lucia Puttrich (CDU) brachte Frankfurt am Main als Sitz der neuen Anti-Geldwäschebehörde AMLA ins Gespräch. Dort arbeitet bereits die Europäische Zentralbank (EZB).

Politiker aus Deutschland begrüßten das Vorhaben der Kommission. Er kenne kein legales Geschäft, das über einen Betrag von 10.000 Euro Bargeld hinausgeht, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Lothar Binding. Der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber erklärte: „Die Bekämpfung von Geldwäsche in der EU krankt an einem uneinheitlichen Regelwerk und mangelhaftem Vollzug.“ >|

■ *Anti-Geldwäschevorschläge*

## Internationales Vorgehen

Geldwäsche ist ein internationales Phänomen. Im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus arbeitet die EU eng mit internationalen Organisationen zusammen, zum Beispiel der Arbeitsgruppe „Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung“ (Financial Action Task Force – FATF). Sie hat ihren Sitz bei der OECD in Paris und analysiert die weltweite Entwicklung bei Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Staaten, die mit Blick auf dunkle Geldströme zu nachgiebig handeln, werden von der FATF auf einer schwarzen und grauen Liste geführt, die jetzt auch die EU übernimmt.

EUROPÄISCHER GRÜNER DEAL

# EU setzt auf dem Weg zur Klimaneutralität verstärkt auf den Wald

Im Kampf gegen die Erderwärmung betont die Kommission die Bedeutung der europäischen Wälder als Klimasenke. So sollen Europas Urwälder besser geschützt, Holz ökologisch sinnvoller genutzt und bis zum Ende des Jahrzehnts EU-weit drei Milliarden Bäume gepflanzt werden. „Wälder sind die Lunge unserer Erde. Sie sind für unser Klima, unsere biologische Vielfalt, unsere Böden und unsere Luftqualität von entscheidender Bedeutung“, sagte Agrarkommissar Janusz Wojciechowski bei der Vorlage der neuen EU-Waldstrategie für 2030.

> Die Strategie ist Teil des Klimapakets 2030, mit dem die EU den Ausstoß an Kohlendioxid bis zum Ende des Jahrzehnts um mindestens 55 Prozent senken will, und ein entscheidender Schritt auf dem Weg, das Ziel des europäischen Grünen Deals zu erreichen, Europa bis zum Jahr 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. „Wälder sind auch die Lungen unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft“, betonte Wojciechowski die soziale und ökonomische Bedeutung des wertvollen Ökosystems. So sind allein in der Forstwirtschaft der EU rund 2,1 Millionen Menschen beschäftigt. „Der Wald bildet das Rückgrat des Lebens – gerade in ländlichen Gebieten“, so Wojciechowski.

Doch stehen Europas Wälder unter Druck, etwa durch den Klimawandel. Die Kommission dringt deshalb auf mehr Biodiversität und eine nachhaltigere Waldwirtschaft. Mit den Schlagworten Schutz, Management und grünes Wachstum fasste Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius die Ziele der Waldstrategie zusammen. So schlägt die Kommission unter anderem vor:

- > **Schutz der Urwälder:** Die Kommission dringt darauf, Europas Primär- und Altwälder besser zu schützen. Bis Ende des Jahres sollen die Mitgliedstaaten die bereits begonnene Kartierung und Erfassung der Primär- und Altwälder in ihren Ländern abschließen. Grundsätzlich wird angestrebt, Europas Urwälder vornehmlich der Natur zu überlassen, die Entnahme von Holz soll gestoppt und verstärkt auf umweltverträglichen Tourismus gesetzt werden. „Es geht darum, künftigen Generationen ein einzigartiges Erbe zu bewahren“, sagte Sinkevičius.
- > **Nachhaltige Waldwirtschaft:** Angestrebt wird, den Zustand der europäischen Wälder auf der Grundlage gemeinsamer Monitoring-Standards



© Shutterstock

besser zu erfassen. Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und Waldbesitzern werden Kriterien für eine nachhaltige Forstwirtschaft erarbeitet. Die Kommission strebt an, bis zum kommenden Frühjahr Leitlinien für eine naturnahe Waldbewirtschaftung vorzulegen. Bis 2023 folgen Kriterien für eine freiwillige Zertifizierung. Waldbesitzer könnten für ihre Leistungen beim Klimaschutz finanziell unterstützt werden.

*EU-weit sollen bis zum Ende des Jahrzehnts drei Milliarden Bäume gepflanzt werden.*

“ Europas Wälder sind in Gefahr. Deshalb setzen wir uns dafür ein, sie zu schützen und wiederherzustellen. ”

Kommissionsvizepräsident  
Frans Timmermans

- > **Weiterverarbeitung:** Die Kommission dringt auch auf eine sinnvollere Verwendung von Holz und Holzprodukten. Holz, zumal aus Primär- und Altwäldern, ist zu wertvoll, um es als Biomasse zu verfeuern. Zudem ist angedacht, im Zuge der Überarbeitung der Bauproduktrichtlinie und der Initiative Europäisches Bauhaus verstärkt auf Holz als nachhaltiges Material bei der Errichtung neuer Häuser zu setzen.
- > **Biodiversität:** Europas Wälder müssen vielfältiger werden, um steigenden Temperaturen und extremen Stürmen zu trotzen. So ist unter anderem geplant, bis zum Ende des Jahrzehnts 3 Milliarden Bäume zu pflanzen. Aber: „Drei Milliarden Bäume machen noch keinen nachhaltigen Wald“, mahnte Sinkevičius eine zielgerichtete Aufforstung an. (pr) >

■ Schutz der Wälder

KAMPAGNE „CHARACTER“

## Für Vielfalt in der Film- und Medienbranche

Die Europäische Kommission hat eine Sensibilisierungskampagne zur Förderung der Geschlechtervielfalt und -integration in der Film- und Medienbranche gestartet. „CharactHer“ wird bis zum Jahresende laufen und soll das Bewusstsein für Ungleichheiten in den Branchen schärfen. Durch die Darstellung von weiblichen Vorbildern will die Kampagne junge Frauen dazu ermutigen, Karrieren in traditionell als „männlich“ geltenden Bereichen zu verfolgen.



In den nächsten Wochen werden zwölf Interview-Videos mit Frauen aus zehn Ländern veröffentlicht, in denen es um die Besonderheiten ihrer Positionen, ihre beruflichen Herausforderungen und Erfolge geht. Die Videos werden durch weiteres Kommunikationsmaterial ergänzt, das über Social Media verbreitet wird, sowie durch ein Toolkit, das in Mittel- und Oberschulen in ganz Europa sowie in Filmschulen und Bildungseinrichtungen verteilt wird.

CharactHer

PILOTPROJEKT

## Mehr Frauen an der Spitze von Tech-Startups

Die Europäische Kommission will mit dem neuen Women-TechEU-Projekt mehr Frauen an die Spitze von Tech-Unternehmen bringen. Das Projekt soll zur Unterstützung von Deep-Tech-Startups beitragen, die von Frauen geführt werden. Es ist Teil des neuen EU-Forschungsprogramms Horizont Europa, und wird durch den Europäischen Innovationsrat (EIC) unterstützt. In ganz Europa gehen nur etwa 5 Prozent des Risikokapitals an gemischte Teams und nur 2 Prozent an reine Frauenteam. Women TechEU geht diese Innovationslücke zwischen den Geschlechtern an, indem es von Frauen geführte Deep-Tech-Startups in der frühen, risikoreichsten Phase unterstützt. Das Programm bietet finanzielle Unterstützung für von Frauen geführte Startups mit Zuschüssen in Höhe von 75.000 Euro und erstklassiges Coaching und Mentoring durch das EIC-Programm „Women Leadership“.



Women TechEU

ERASMUSDAYS 2021

## Aufruf zum Videowettbewerb

Vom 14. bis 16. Oktober feiert Europa das Bildungsprogramm Erasmus+. Wer an dem Programm teilgenommen hat, kann bis zum 15. September ein maximal 15 Sekunden langes Video zu seinen Erasmus+-Aktivitäten und -Erfahrungen einsenden. Die Nationale Agentur Bildung für Europa sammelt die Videos und erstellt daraus einen Zusammenschnitt, der zu den diesjährigen ErasmusDays veröffentlicht wird. Die Jury der Nationalen Agentur wird die drei besten Videos auswählen und prämiieren. Zu gewinnen gibt es ein nagelneues Tablet, das helfen soll, auch in Zukunft via Social Media oder Website von der Projektarbeit zu berichten.

ErasmusDays 2021



NATURA 2000

## Lebensräume für künftige Generationen bewahren

Noch bis September läuft die Bewerbungsfrist für den diesjährigen Natura-2000-Preis. Natura 2000 ist ein EU-weites Netz von ökologischen Schutzgebieten. Es bewahrt und fördert die Lebensräume und Arten in Europa und schützt diese für künftige Generationen. Um den Preis bewerben können sich alle, die sich für Natura 2000 engagieren, beispielsweise Behörden, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Bildungseinrichtungen und Einzelpersonen.

Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius sagte: „65 Prozent der Menschen in der EU leben in einem Umkreis von fünf Kilometern zu einem Natura-2000-Gebiet. Natura 2000 bringt die Natur buchstäblich vor unsere Haustür. Ich möchte all jene Menschen und Organisationen ehren, die dies ermöglichen, und sie einladen, sich um den Natura-2000-Preis zu bewerben und die Anerkennung zu erhalten, die sie verdienen.“

Natura 2000